№ 237
B 117
Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 19. Mai 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Sabotage der Außenpolitik.

Der Bund der Ablehner.

Die in der vorigen Woche gegründete Deutsche Industrielle Vereinigung hatte zu heute vormittag die deutsche Industrie zu einer großen Kundgebung gegen die Annahme des Sachverständigenberichtes ins Hotel Esplanade geladen. Der Einladung waren etwa 200 bis 300 Industrielle gefolgt, von bekannten Persönlichkeiten nur die, die bei der Gründung des neuen Bundes beteiligt waren. Daneben sah man den früheren konservativen Reichstagsabgeordneten Kreth, aus den leitenden Kreisen des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände war Geheimrat Ernst von Borsig erschienen, um in der Diskussion gegen das Programm der neuen Vereinigung Stellung zu nehmen. Die Absicht, keine Diskussion zuzulassen, scheiterte an dem Widerspruch der Versammlung.

Die Tagung selbst wurde geleitet von dem Direktor der Mitgerwerke Möllers-Berlin. Herr Möllers gab eine kurze Erklärung über die Einstellung und die Ziele der neuen Vereinigung ab. Sie sei, unabhängig von einer anderen Bewegung oder Partei, von Industriellen ausgegangen, ohne Verbindung auch mit dem Reichsverbandbder deutschen Industrie. Die Mitglieder der neuen Vereinigung seien teils Mitglieder des Reichsverbandes — direkt oder indirekt —, teils gehören sie dem Reichsverband nicht an. Es seien sowohl Einzelpersonen wie auch Firmen dabei. Die Betätigung des Verbandes sei zwar „wirtschaftspolitisch, doch nicht parteipolitisch." Neben dem grundsätzenden Aufbau einer deutschen Wirtschaftsordnung — die heutige Wirtschaftsordnung sei weder deutsch noch Wirtschaft — sei die wesentliche Aufgabe der Vereinigung die Stellungnahme zum Sachverständigengutachten, und deshalb sei sie gegründet worden. Die Satzungen und Organisation hätten daher vorläufigen Charakter. Das eigentliche Ziel aber sei, das Steuer im Reichsverband der deutschen Industrie herumzuwerfen und damit die Vereinigung als selbständige Organisation unnötig zu machen. Allerdings sei es zweifelhaft, ob unter der jetzigen Leitung ein Umschwung im Reichsverband möglich sei. Dieselbe Gegnerschaft wie gegen die Reparationspolitik bestehe auch gegen die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

Dieser Erklärung folgte ein mehr als zweistündiges Referat des Oberfinanzrates a. D. Bang, des Finanz-Sachverständigen der Kapp-Regierung, den man sich ebenso wie bei der Gründungsversammlung auch diesmal wieder als volkswirtschaftlichen Berater verschieben hatte. Herr Bang begann mit einer persönlichen Erklärung. Er sei in der Presse als Finanzminister der Kapp-Regierung bezeichnet worden; doch sei er weder Tage noch Stunden, seien es auch nur Minuten oder Sekunden, Finanzminister von Kapp gewesen. Wahr sei vielmehr, daß Kapp ihm den Antrag zur Uebernahme des Finanzministeriums gemacht habe, daß er aber diesen Antrag nach Prüfung der Unterlagen abgelehnt habe. Dann geht Herr Bang mit ostentativ trutziger Stimme zur Vernichtung des Sachverständigen-Gutachtens über. Aber der heroische Ton wurde durch ein freundliches Lächeln immer wieder gemildert. Der Plan der Sachverständigen ist nach Herrn Bang nur eine Zusammenfassung der beiden Reparationsangebote der Regierung von Cuno vom 2. Mai und 7. Juli. Damals habe man eine Belastung der deutschen Reichseisenbahnen und des Industriebesitzes mit je 10 Milliarden Goldmark und Verpfändungsrecht angeboten. Damals seien auch bereits die Steuern und Zölle der Entente zur Verfügung gestellt worden.

Das Gutachten wurde dann, wie Herr Bang immer wieder betonte, einer „streng sachlichen" Kritik unterzogen, aus der nur einige besonders prägnante Formulierungen hervorgehoben seien. Bei der Industriebelastung handele es sich um die „bolschewistische" Methode der Micum-Verträge, übertragen auf die Reparationsleistungen. Sodann suchte der Redner die Industriellen damit zu schrecken, daß durch die Kontrollrechte, die in dem Sachverständigenplan festgesetzt sind, der feindliche Schnüffeldienst durch Fabrikbeschlagnahmen bis ins einzelne durchgeführt wurde. Die Beamten würden zu Zöllnern des feindlichen Prokonsuls. Es handle sich um einen Eisenbahnraub und Steuerdiebstahl und um Anleiheschwindel.

Die Versammlung geriet allmählich bei den Ausführungen Bangs doch in eine gewisse Erregung, und allmählich war die Stimmung so weit, wie in einer gut „deutschvölkischen" Volksversammlung.

Die Rede erweckte mehrfach lebhaften Widerspruch. Die der Versammlung vorgelegte Entschließung besagte:

„Die Stellungnahme der Leitung des Reichsverbandes zu dem sogenannten Sachverständigen-Gutachten halten die Versammelten für durchaus verfehlt. Anstatt diese Gutachten für annehmbar zu erklären, hätte die Spitzenvertretung der deutschen Industrie die Verpflichtung gehabt, auf die schweren Schäden hinzuweisen, die dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben aus einer Annahme der Gutachten drohen. Die Versammelten fragen empört: Wie kommt die Leitung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie dazu, sich, sogar ohne Aufforderung und ohne Befragung der deutschen Industrie, für die allerschwerste Belastung der deutschen Wirtschaft auszusprechen? Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß es von einer vollkommenen Verkennung der in Deutschland noch verbliebenen Wirtschaftskräfte zeugt, wenn angenommen wird, daß auf diesem Wege über die Eisenbahn, Industrie, über indirekte Steuern und Zölle und über die Gewinne der deutschen Volkswirtschaft auch nur annähernd solche Summen entzogen werden könnten, wie sie das Gutachten vorsieht, ohne daß diese Volkswirtschaft in wachsendem Maße verelendet und die breitesten Volksschichten auf einen unerträglich niedrigen Lebensstand hinabsinken. In dem nach Annahme der Gutachten mit Sicherheit zu erwartenden Uebergang der deutschen Zollhoheit auf einen ausländischen Agenten, sehen die Versammelten das Mittel, mit dem jede Wiedererstehung der deutschen Wirtschaft angehalten werden kann, in der vorgeschlagenen Beherrschung des deutschen Kreditwesens durch die ausländische Großfinanz den Sicherheitsweg zur Internationalisierung und völligen Versklavung der deutschen Industrie, in dem ganzen Geist des Gutachtens den Ausbruch des Kampfes gegen die Ideen, von denen die deutsche Sozialpolitik getragen ist. Die Versammelten fordern den Reichsverband der Deutschen Industrie auf, von seiner Leitung eine Nachprüfung ihrer Stellungnahme zu dem Gutachten zu erzwingen und dafür zu sorgen, daß der Reichsverband die Reichsregierung, vor Wegen warnt, die mit Sicherheit ins Verderben führen."

Neues Eingreifen des Reichs-Arbeitsministers.

Zur Klärung der Rechtsfrage.

Wie die Erklärung der Bergarbeiterverbände erneut ergibt, ist einer der Hauptstreikpunkte zwischen den Parteien die unterschiedliche Beurteilung der Frage, welche Arbeitszeit im jetzigen Augenblick rechtens ist, in dem die bisherigen Vereinbarungen abgelaufen sind und die Arbeitnehmerverbände den Schiedsspruch vom 16. Mai abgelehnt haben. Der Reichsarbeitsminister ist deshalb heute an die Vorsitzenden des vorläufigen Reichswirtschaftsrats mit der Bitte herangetreten, sofort unparteiische, arbeitsrechtskundige Juristen zu benennen, die gebeten werden sollen, über die genannte Rechtsfrage nach Anhörung des Standpunktes beider Parteien in kürzester Frist ein Gutachten zu erstatten.

Erpressungspolitik im Rheinland.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

1 **Düsseldorf**, 19. Mai.

Die Besatzung hatte von der Stadtverwaltung den Neubau einer Artillerie-Kaserne verlangt, der am Sonnabend, den 17. Mai, begonnen werden sollte. Da die Stadtverwaltung sich geweigert hat, den Neubau in Angriff zu nehmen, haben die Franzosen heute morgen die Beschlagnahme folgender Gebäude angeordnet: Rheinmetall-Werk 9, einen Teil des Schlachthofes, das Werk Rheinstahl, das neuerbaut worden ist, die gedeckte Reitbahn der Polizei, sämtliche für die Schupo hergerichteten Wohnungen, insgesamt 145 Wohnungen, die Kongertsäle des Zoologischen Gartens und den ganzen Kunst-Palast. Die beiden letzteren Beschlagnahmen sind für Düsseldorf um so nachteiliger, als Ende Mai eine neue große Kunstausstellung im Kunst-Palast eröffnet werden sollte. Auch die Konzertsäle des Zoologischen Gartens sind neu hergerichtet worden, und es ist zu befürchten, daß der im Wiederaufblühen befindliche Zoo für das Publikum wieder geschlossen werden muß. In den letzten Tagen sind große Transporte neuausgehobener Mannschaften in Düsseldorf angekommen, die offenbar von der Besatzung hier ausgebildet werden sollen.

Beratungen der Mittelparteien.

Im Reichstag traten heute um die Mittagsstunde wieder die Führer der bürgerlichen Mittelparteien zusammen, um ihre Besprechung über die im Reichstag gemeinsam zu befolgende Politik fortzusetzen.

Wie wir hören, wird eine gemeinsame Erklärung zur auswärtigen Politik vorbereitet.

Der Reichstagspräsident Löbe hat die Führer sämtlicher Reichstagsparteien für Dienstag nachmittag zu dem Zweck berufen, die Neuverteilung der Plätze im Sitzungssaal für die einzelnen Parteien vorzunehmen.

Die Volksabstimmung in Hannover abgelehnt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

m **Hannover**, 19. Mai.

Nach dem amtlichen Ergebnis von heute vormittag stimmten in der Vorabstimmung zur hannoverschen Frage in den fünf Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim, Osnabrück, Lüneburg und Stade von 1 768 800 Stimmberechtigten 448 961 mit Ja. Das Drittel, das die Deutschhannoveraner für die Weiterführung ihres Planes brauchten, beträgt 589 600 Stimmen. Sie blieben also mit 140 639 Stimmen in der Minderheit.

Die letzten Stunden vor der Vorabstimmung hatten ein wesentlich anderes Gepräge als die vor der Reichstagswahl. Von den Parteien, vornehmlich von den Deutschhannoveranern, wurden in allen Regierungsbezirken des Abstimmungsgebietes Versammlungen über Versammlungen abgehalten, die allerdings nur schwach besucht wurden. Zentnerweise wurden Flugblätter in die Massen geschleudert. Radfahrer und Automobile mit weiß-gelben Wimpeln, Lastkraftwagen mit Propaganda-Arrangements für die Besatzung des Abstimmungsbezirkes fuhren noch am Sonntag emsig durch die Straßen der Hauptstadt. Selbst Leierkastenmänner waren in den Dienst der Stimmungsmache gestellt. Ihr Repertoire war allerdings sehr bescheiden und bestand lediglich aus dem „Lustigen Hannoveraner", den sie vor den Abstimmungslokalen mit Ausdauer spielten. Es wurde mit allen Mitteln gekämpft und nicht immer fair. Alle Anstrengungen waren aber vergeblich. Die Mehrheit der hannoverschen Bevölkerung hat, hauptsächlich durch Fernbleiben von der Vorabstimmung, die Volksabstimmung abgelehnt. Auffallend ist, daß die Hannoveraner hauptsächlich in den Großstädten, wie in Hannover und Osnabrück, gewonnen haben. In Hannover-Linden konnten sie gegenüber der Reichstagswahl ein Plus von 74,2 v. H. erzielen, in Osnabrück-Stadt sogar über 100 v. H. Dagegen fiel das Ergebnis in Lüneburg wesentlich schlechter aus als erwartet wurde. Auch in Stade ist die Einbuße, die die Hannoveraner erlitten haben, auffallend.

Der Abstimmungsatt ist in allen Regierungsbezirken ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug 12 bis 30 v. H.

*

Das Ergebnis der Vorabstimmung in Hannover entspricht den Erwartungen. Der Versuch, eine Volksabstimmung auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung herbeizuführen, ist schon in der ersten Etappe gescheitert. Bei der Vorabstimmung hatten 590 001 Stimmen mit Ja stimmen müssen. Die Deutsch-Hannoveranersche Partei brachte jedoch nur 438 961 Ja-Stimmen an die Urne. Die Frage, die den Stimmberechtigten vorgelegt wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„Soll eine Abstimmung über folgende Frage stattfinden: Soll die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preußen ausscheiden, um ein selbständiges Land zu bilden?"

Die Deutsch-Hannoveransche Partei hatte bei den Reichstagswahlen im Abstimmungsgebiet nicht ganz 300 000 Stimmen aufgebracht. Ihre Abstimmungspropaganda zielte darauf ab, Hilfe aus allen anderen Lagern zu gewinnen. Im Provinzial-Landtag arbeiten die deutsch-hannoveranerschen Vertreter aufs engste mit den Deutschnationalen zusammen und der Reichslandbund hat bei den Reichstagswahlen seine Gunst gleichmäßig auf beide Gruppen verteilt. Von früher her ist auchdas Zentrum an die Zusammenarbeit mit den Deutsch-Hannoveranern gewöhnt. Der Zentrumsführer Windthorst, die „Perle von Meppen", war Minister des Königs von Hannover gewesen. Im Reichstag haben die sogenannten „Welfen" stets als Hospitanten Anschluß in der Zentrumsfraktion gefunden. Sehr eifrig bemühte sich die deutsch-hannoveranersche Propaganda um die „Völkischen". Ein eigener Aufruf in der „Hannoverschen Landeszeitung" forderte die Völkischen auf, „für die ferndeutsche Stammesbewegung" einzutreten. Der bayerische Minister Schweyer sandte ein Schreiben, in dem er den „Selbständigkeitsbestrebungen des niedersächsischen Volksstammes den besten Erfolg" wünschte. Schließlich rechnete man im hannoverschen Lager auf unzufriedene Mitläufer aus den Reihen der äußersten Linken, denen man die Absicht zuschrieb, gegen Noske zu demonstrieren.

Tatsächlich haben alle diese Momente mitgespielt und die Stimmziffer zugunsten der Abstimmung immerhin um 50 v. H. gegenüber den Reichstagswahlziffern der Deutsch-Hannoveraner gesteigert. Wenn trotzdem nicht einmal die Vorfrage bejaht wurde, so muß man als erwiesen betrachten, daß die deutsch-hannoveranersche Bewegung keinerlei Aussicht auf Erfolg hat.

Es wäre aber falsch, aus dem Mißerfolg der Deutsch-Hannoveraner den Schluß zu ziehen, daß die preußische Sache den Sieg davongetragen habe. Wenn nur die Frage zur Entscheidung gestanden hätte, ob Hannover Selbstverwaltung anstreben oder von Berlin aus verwaltet werden wolle, so wäre das Ergebnis wesentlich anders gewesen. Den Ausschlag hat offenbar die Ueberzeugung weiter Kreise ge-